

THEMA | ENERGIE & KLIMA

KERNBOTSCHAFT	FAKTEN
„Zielgerichtete Unterstützung statt Gießkannenprinzip.“	<p>Wichtigste Forderung: Strompreiskompensation (Entlastungsvolumen: 200 Millionen Euro). Durch die beihilfenrechtlich rechtskonforme Unterstützungsmaßnahme werden indirekte CO₂-Kosten der stromintensiven Industrie ersetzt. 13 Staaten in der EU haben dies bereits in Anspruch genommen (u.a. Deutschland) → definitiver Wettbewerbs- und Standortnachteil für Österreich.</p>
„Russisches Gas ist mittelfristig alternativlos. Ohne Gas drohen Produktionsstillstand & Massenarbeitslosigkeit.“	<p>Österreich zu 80% abhängig von russischem Gas. Substituierung von 2/3 der russischen Gasimporte mittelfristig nicht möglich.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Erreichung des EAG-Ziels von 100 Prozent erneuerbaren Strom bis 2030 (27 TWh) ist ein Marathon in 8 Jahren ▪ Russ. Gas vollständig zu substituieren, wäre ein Triathlon (90 TWh), den man aus dem Stand heraus bewältigen müsste. <p>LNG = kein kurzfristiges Substitut (fehlende Infrastruktur, aber mittel- bis langfristiger Ausbau für Diversifizierung).</p>
„Klimapolitik ist Energiepolitik.“	<p>Aktuelle Krise zeigt eindeutig, dass Klimapolitik gleich Energiepolitik ist. Es braucht daher einen Masterplan für die zukünftige Energiepolitik in Österreich, in dem Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit im Dreiklang miteinander harmonieren.</p>
„Ohne Genehmigungs-turbo bleiben Klimaziele ideologisches Wunschdenken.“	<p>Um die mehr als ambitionierten Klimaziele erreichen & uns von russischem Gas unabhängiger machen zu können, muss der Ausbau erneuerbarer Energie deutlich schneller werden (z.B. echte Novelle UVP-G-Gesetz notwendig, bisherige Ergebnisse der Arbeitsgruppe des BMK unzureichend). Um Klimaneutralität bis 2040 zu erreichen, braucht es 110 Wasserkraftwerke der Größe Freudenuau, 6.000 Windturbinen oder 70 mal mehr PV-Anlagen als heute = 1.600 km² = vier Mal die Größe Wiens; EAG-Ausbauziel bedingt in seiner Maximalvariante 43 Milliarden Euro an Investitionen.</p>
„Dekarbonisierung darf nicht zu einer Deindustrialisierung führen.“	<p>Die Industrie bekennt sich zu Klimaschutz & ist maßgeblicher Treiber. ABER: Angesichts der aktuellen Krise darf es keine Rückkehr ins politische Tagesgeschäft geben. Es braucht ein Aussetzen, eine Evaluierung und gemeinsame Neubewertung klimapolitischer Beschlüsse (Green Deal, Fit-for-55, KSG, EEffG, EWG). Wir laden die Politik zu einer „Klimaklausur“, zum Entwurf eines realistischen CO₂-neutralen-Fahrplans, ein.</p> <p><u>Eckpunkte kritischer Gesetzesvorhaben:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ KSG: Klimaziel im Verfassungsrang = rote Linie der IV. ▪ EEffG: Keine Lieferantenverpflichtung vorsehen. ▪ EWG: Kein Angreifen der Gasheizungen im Bestand.